

man alles deutsche Gold an einen höheren Ort ins neutrale Ausland geschafft und sodann gleich nach der Ausdehnung des Weltmarktes wieder nach dem gewaltigen Wertverlust der Welt, sobald Deutschland in Frage kommt und den Franzosen etwas nicht nach Sinn ist, Da, noch mehr! Die deutsche Industrie wird direkt bestraft, sie arbeitet zusammen mit den Grobhandlungen insoweit mit allen Mitteln darauf hin, um nach der Abschließung der Reparationslast durch den Bankrott die deutsche Valuta dauernd so niedrig zu halten, daß die deutschen Industrie-Industrien wegen ihrer niedrigen Weltmarktpreise auf dem Weltmarkt alle Preise der Allierierten und der Neutralen unterbieten und so die fremden Absatzmärkte an sich reißen könnten. Wir können nicht dulden, ruft der „Matin“ aus, daß während unsere Bauern auf die Bezahlung ihrer zerschuldeten Häuser warten, die deutsche Valuta die Industriellen Italiens, Spaniens, Dänemarks und Südamerikas an sich reißen, Konzeptionen in Rußland laßt und aus der Niederlage und dem Bankrott Deutschlands Nutzen zieht.

Es erregt sich selbstverständlich, derartige überhörschende Ereignisse eines erblinden romanischen Despoten ernstlich zu widerlegen. Nur die eine Bemerkung sei gestattet, daß der Anreiz zur Ausfuhr, der in dem niedrigen Stande der Valuta liegt, nicht ins Endlose geht, sondern daß er seine bestimmte unübersteigbare Grenze an der Stelle findet, jenseits deren Deutschland nicht mehr bestehen würde, die für seine Industrie lebensnotwendigen Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Das ganze Versteht sich auch nur Mittel zu einem ganz bestimmten Zweck. Die Franzosen wollen nämlich Deutschland gegenüber völlig die Hände frei haben und so keinerlei hemmenden Zwang durch den Verkauf von Waren, so keinerlei hemmenden Einfluß von englischer Seite mehr geltend sein. Der deutsche Bankrott allein, so erklärt das vorhin genannte Pariser Blatt, würde schon als Grund genügen, um uns an der Ratifizierung des Abkommens vom 12. August zu hindern, und dann kommt das Versteht sich: die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Kontrolle über Deutschland soll unter Verletzung auf den angeblich drohenden Zusammenbruch nicht bloß nicht gelockert, sondern noch verschärft werden. In diesem Sinne ist die französische Politik ernstlich. Die Pariser Regierung wird zum Ertrag des Finanzabkommens vom 12. August einen anderweitigen Vorstoß machen, der den Alliierten Gelegenheiten geben soll, sich mit Deutschland einzeln und auf anderer Grundlage als der des Pariser Vertrages über die Entschädigung zu verständigen, und gleichzeitig kommt aus Paris die Meldung, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nicht wie früher verhängen, am 15. September aufgehoben werden, sondern so lange weiter bestehen sollen, bis Deutschland sich mit der Schaffung einer internationalen Kontrollkommission zur Überwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiete einverstanden erklärt habe. Die deutsche Regierung kann einer vorbehaltslosen Annahme dieser Bedingung nicht zustimmen, weil ohne eine genaue und sorgfältige Abgrenzung der Befugnisse der Kommission die schwere Gefahr besteht, daß das alliierte Organ seine Macht in allen möglichen Einmischungen in die deutsche Volkswirtschaft und in einer militärischen Anhebung des ganzen wirtschaftlichen Lebens im besetzten Gebiete mißbrauchen werde. Hier ist also ein neuer Konfliktpunkt gegeben, der dringend erfordert, daß die deutschen verantwortlichen Stellen sich auf dem Standpunkt beharren, der allein mit dem deutschen Interesse zu vereinbaren ist. Nur eine gründliche Aussprache im Verhandlungswege kann hier zu einem Ergebnis führen, das Deutschland Schutz gegen die Annahme gewährt, sich eine unerträgliche fremde Oberaufsicht über seine gesamte Wirtschaftspolitik im besetzten Gebiete gefallen lassen zu müssen. Auch auf politischem Gebiete wird das französische Schwert gegen Deutschland in Verbindung mit den finanziellen Auseinandersetzungen wieder geschwungen. Die Pariser Regierung begnügt sich nämlich nicht mit der weiteren Einwärtsdringung der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, sondern holt auch wieder den Gedanken der politischen Abschirmung Deutschlands durch Begründung eines rheinländischen Pufferstaates hervor. Zur Verwirklichung dieses Planes gehören allerdings zwei, die Franzosen, die ihn ausdenken und propagieren, und die Rheinländer, die ihn sich gefallen lassen. Die Rheinländer aber sind bis auf die wenigen Eliten der dortigen Dörfer so deutsch und reichstreu bis in die Knochen, daß man sich bei der Vorstellung, wie die Franzosen noch immer in der Illusion eines möglichen Abfalls des Rheinlandes vom Reich schwelgen können. Am März dieses Jahres hatte die internationalisierte Rheinlands-Kommission Vertreter aller rheinländischen Berufsstände eingeladen, um sich von ihnen über die Stimmung in der Bevölkerung zu erkundigen zu lassen, und was da in ungeschminkter Form zum Ausdruck gebracht worden ist, hätte gerade genügen können, um den Franzosen klar zu machen, daß ihre ganze Art der Verwaltung, insbesondere die Anhebung der Preise, die Rechtsunsicherheit und das brutale Auftreten der französischen Soldateska, genau das Gegenteil von dem ergibt hat, was die Pariser Regierung der „friedlichen Durchdringung des Rheinlandes mit französischer Kultur“ als Vorbild des Pufferstaates und der schließlichen völligen Angliederung an Frankreich erhofft hatten.

Dafür, daß die französischen Dämme im Westen nicht in den Himmel wachsen können, ist also schon durch die Maßnahmen der Rheinländer gesorgt. Anzwischen aber wäre es auch schwerer von der Entente in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich weniger über das Abkommens-Abkommen, als darüber den Kopf zerbräche, wie die deutsche Valuta stabilisiert werden kann. Welche katastrophalen Auswirkungen auf Handel und Wandel die fortgesetzten Stürze der Mark ausüben, beweist die Tatsache, daß auf Grund der letzten Markstürze bedeutende deutsche Industrie an amerikanische Firmen für Getreide, Lebensmittel und Rohstoffe zurückgekauft werden mußten. Wenn also Handel und Wandel in der ganzen Welt wieder in dauernden ordnungsmäßigen Gang gebracht werden sollen, muß die Reparationslast wesentlich erleichtert und eine internationale Valuta-Anleihe für Deutschland endlich zur Tat gemacht werden. Solange die Alliierten sich dazu nicht verstehen können, schreiben sie sich tief in das eigene Fleisch.

### Scharfe Angriffe der Kleinen gegen die Große Entente.

Berlin, 12. Sept. Die kleine Entente hat sich, wie dem „A. T.“ gemeldet wird, infolge des passiven Verhaltens der Westmächte in der westungarischen Frage auf den Standpunkt gestellt, daß sie an der Uebergabe Westungarns an Oesterreich nicht interessiert sei. Es sei Sache der Westmächte, die Magyaren zur Erfüllung des Trianon-Vertrages zu zwingen. Sollte dies der Großen Entente nicht gelingen, dann werde auch die kleine Entente die Trianon-Verträge nicht anerkennen und mit Ungarn einen neuen Frieden schließen, der alle Interessen der Magyaren sowohl in der Cabsburger Frage als in territorialen Angelegenheiten für immer ein Ende bereiten wird. In der Parteipolitik der mit Ungarn kollaborierenden Westmächte liege eine Gefahr für Mittel- und Ost-Europa, der die kleine Entente um ihrer selbst willen ein Ende bereiten wird.

### Was Clemenceau will.

(Eigenes Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 12. Sept. Clemenceau sollte gestern von seiner Reise nach Korsika nach Marseille zurück. Auf die Frage eines Interwewers, ob er wirklich die Absicht habe, wieder auf der politischen Bühne zu erscheinen, antwortete Clemenceau: „Habe ich jemand gesagt, daß ich wieder Politik betreiben will? Ich will nur eins, daß man mich in Ruhe lasse.“

### Aus der Völkerbundsversammlung.

Genf, 12. Sept. Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittag in der Sitzung der Völkerbundsversammlung eine große Rede über die gegenwärtige Lage des Völkerbundes, die Beschränkungen und Ausdehnungen für seine Zukunft habe. Er bekräftigt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerbunde schade, der sich nur durch die Beschränkungen und Ausdehnungen des Friedenswertes in Angriff genommen werden wie hier. Er sprach dann über die oberhalb des Völkerbundes, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander in einem Konflikt leben, sondern auch große Mächte, die nur eine freundschaftliche Meinungsverschiedenheit hätten, das Urteil des Völkerbundes anrufen. Bourgeois schloß seine Rede mit der feierlichen Versicherung, daß der Völkerbund die politische Souveränität jedes Staates antasten würde. Der Völkerbund sei kein Ueberbau, aber er habe nicht abgedeckter der politischen Souveränität eine moralische, nämlich die des Rechts. Jeder Staat müsse sich der Gerechtigkeit beugen. Es sprachen noch ein spanischer und ein indischer Vertreter, worauf die Sitzung gegen 1/2 Uhr geschlossen wurde. (W. T. B.)

Genf, 12. Sept. Der südafrikanische Delegierte Murray brachte in der heutigen Völkerbundsversammlung zwei Entschlüsse ein. Die erste bezieht sich auf den Schutz der Minderheiten und wird, wie Murray mitteilte, von dem überreichlichen Delegierten Grafen Reutendorff unterstützt. Auch der Konarch der Völkerbundsvereine habe ihr Beigehört. Um die Erfüllung der Pflichten des Völkerbundes zu gewährleisten und den Schutz der Minderheiten vollkommen zu sichern, fordere die Versammlung den Völkerbundrat auf, eineändige Kommission zu ernennen. Die Kommission habe die dem Völkerbunde anstehenden Aufgaben entgegenzunehmen und einen Bericht ausarbeiten. Die Minderheitsfrage betreffe vor allem einen Teil der neu gebildeten Staaten, die allen den aufrichtigen Wunsch haben, die Minderheiten zu schützen. Der Völkerbund müsse aber eine Organisation schaffen, um mit den betreffenden Staaten zur Verhütung der Minderheiten ankommen zu arbeiten. Am übrigen sei ein Verzeichnis der Klagen der Minderheiten sehr gefährlich, solange die Verhältnisse dieser Klagen nicht nachgewiesen sei. Deshalb sei eine Untersuchung an Ort und Stelle notwendig, was auch im Interesse des Friedens und der Aufrechterhaltung der Verwaltung liege. Die zweite Entschlußnahme mit der amerikanischen Frage. Man sehe vor neuen Ereignissen, und der Oberste Rat müsse vielleicht bald eine Revision des Friedens von Neuem ins Auge fassen. Am März habe der Oberste Rat die Bedingungen zur Herstellung des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland aufgestellt. Diese Bedingungen besaßen sich u. a. auf die Gründung eines nationalen Deimitariates für die türkischen Armenier, dessen Grenzen nunmehr vom Völkerbunde aufgestellt werden sollen. Die Versammlung überwiege die Prüfung dieser Klagen der 8. Kommission (politische Angelegenheiten). (W. T. B.)

### Keine Einigung über weitere Kriegsverträge.

(Eigenes Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 12. Sept. Die Verhandlungen der Alliierten untereinander über die weiteren Urteile und die weitere Verfolgung der deutschen „Kriegsverbrecher“ sind ergebnislos verlaufen. Die englischen Delegierten der Justizbehörde vertreten die Ansicht, daß die Alliierten aus dem Pariser Vertrage kein Recht bereiten können, um Deutschland zur Annahme neuer Gesetze zu zwingen. England hat an der Weiterverfolgung der Angelegenheit auf einer neuen Grundlage kein Interesse. Frankreich will sich nicht entschließen haben, alle auf der französischen Seite stehenden deutschen „Kriegsverbrecher“ von französischen Gerichten zu verfolgen und, falls die deutschen Angeklagten nicht erscheinen sollten, in Abwesenheit verurteilen zu lassen. Dadurch wird den deutschen Verurteilten das Verleihen französischer Bodens für immer unmöglich gemacht. Weiter will man unteruchen, ob es möglich ist, französischen Staatsangehörigen auch das Handeln mit solchen Verurteilten zu verbieten. Eigentum, das diese Deutschen in Frankreich oder den französischen Kolonien besitzen, soll für die Bekämpfung der Prozeduren beschlagnahmt werden, soweit dies nicht schon geschehen ist.

### Die Landtagswahlen in Thüringen.

Wie uns aus Jena gemeldet wird, hatten die Landtagswahlen in Thüringen nach einer am Montag abend vorliegenden, noch nicht ganz vollständigen Zusammenstellung folgendes Ergebnis (die Riffern der letzten Wahlen sind in Klammern beigesetzt): Deutschnationale 210 000 (45 000), Deutsche Volkspartei 108 000 (204 000), Demokraten 33 000 (48 000), Landbund 181 000 (126 000), Zentrum 7000 (—), Wirtschaftsbund des Handwerks 3000 (—), Sozialdemokratie 190 000 (135 000), U. S. P. 85 000 (184 000), Kommunisten 88 000 (—). Danach würden die einzelnen Parteien folgende Mandate erhalten: Deutschnationale 8 (4), Deutsche Volkspartei 9 (8), Demokraten 3 (4), Landbund 11 (11), Sozialdemokraten 11 (11), Unabhängige 7, noch der Abplittierung der Kommunisten 11), Kommunisten 7 (0 bzw. 10). Die nach anschließenden Wahlergebnisse dürften die Ausschüsse der bürgerlichen Parteien vorberufen. Am ersten Landtag fanden 27 bürgerliche Mandatäre 2 sozialistische und kommunistische gegenüber. Wenn die Spannung zwischen beiden Gruppen sich nach den Neuwahlen um ein Mandat verringern sollte (26 zu 25), dann wäre das die Schuld der ungelungenen Versplitterung des Bürgerturns und jener Kreise des Zentrums und des Handwerks, denen ihre Eigendürsteleit war selbst keine Erfolge brachte, wohl aber das gesamte Bürgerturn um einen höheren Platz schmälerte. — Ein warnendes Beispiel für die bürgerlichen Kreise in Sachsen!

Das Wahlergebnis bedeutet eine unverkennbare Wende an die selbsterne Regierung. Diese hatte den Landtag nach Hause geschickt, weil sich keine Mehrheit fand für die Form der Grundsteuer, die die Regierung durchsetzen wollte. Es stimmten dafür nur 28 Stimmen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Demokraten. Diese Regierungsminderheit ist auszusammenschmelzen auf 21 Stimmen. Daraus dürfte das Kabinett Brandenstein die in einem demokratisch regierten Staat sehr nachdrückliche Forderung zu stellen haben.

### Kommunistischer Terror.

Berlin, 12. Sept. Wie die „Deutsche Allg. Anz.“ berichtet, wurde am Sonntag eine von den Deutschen Volkspartei im Gassenfrühen-Schlaf abendlicher Veranstellung, die in einer harmlosen Familienfeier bestand, durch das Eindringen kommunistischer Trupps, die Sowjetfahnen trugen, gesprengt.

### Zeitungserbote.

Berlin, 12. Sept. Auf Grund von § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. v. M. ist vom Reichsminister des Innern das Verbot von Richard Hunne in Berlin-Neubrandenburg erlassen. Die „Deutsche Wochenschrift“ für die Zeit vom 10. bis 23. v. M. verboten worden. (W. T. B.)

Hannover, 12. Sept. Die niederrheinische Arbeiterzeitung ist wegen eines Artikels, in dem schwere Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen werden, vom 11. bis 19. v. M. verboten worden.

### Verurteilung wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Stettin, 12. Sept. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verurteilte die hiesige Strafkammer den landwirtschaftlichen Beamten Dr. Axel Oberz zu zwei Wochen Gefängnis. In der Verhandlung vertrat der frühere preussische Minister des Innern, Rechtsanwalt Feine, die Nebenklage des Reichspräsidenten. (W. T. B.)

### Streik der Berliner Stadtarbeiter.

Berlin, 12. Sept. Heute mittag fand im Reichsministerium eine Besprechung statt wegen des Streiks bei der Berliner Elektrizitätswerke. Es wurde mitgeteilt, daß es sich weniger um den Ausbruch, als um die politische Haltung der Arbeiter und Angehörigen der Elektrizitätswerke handele. Bemerkenswert sei, daß sich daran auch Beamte und zwar sogar höhere. Sämtliche hiesige Arbeiter, Angehörige und Beamte in den Betrieben der hiesigen Elektrizitätswerke und der Verwaltung sind zur Stelle, sie verweigern aber die Arbeit und drohen damit, daß sie die Betriebe verlassen werden, sobald die Technische Reichsanstalt eingreift. Da in den Elektrizitätswerken einiger Vororte noch gearbeitet wird, ist angeordnet worden, daß von dort aus der elektrische Strom nach Berlin so weit als möglich umgeschaltet wird. Mit der Direktion der Hochbahnen ist vereinbart worden, daß sie den Betrieb verleihe, so lange der Streik der Elektrizitätswerke anhält. Bemerkenswert ist, daß die Betriebsräte der Straßenbahn Veranlassung genommen haben, sich mit den Betriebsräten der hiesigen Elektrizitätswerke in Verbindung zu setzen, um diese zu veranlassen, wenigstens den Strom für die Straßenbahn in Berlin zu liefern.

Nach einer späteren Meldung unserer Berliner Schriftleitung wird in zwei Gaswerken der Betrieb noch fortgesetzt, doch ist es fraglich, ob morgen diese Werke noch weiterarbeiten, da frühmorgens eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Nacht- und Tagarbeit darüber schlußfaßend werden wird, ob man dem Beispiel der anderen Gaswerke folgen und den Betrieb einstellen soll. In den Charlottenburger Gas- und Elektrizitätswerken wurde bis zum Nachmittag noch gearbeitet. Obwohl von robuster Seite versucht wurde, auch diese Betriebe stillzulegen, hielt sich die Arbeiterschaft in Reserve und teilte der Direktion mit, daß bis auf weiteres der Betrieb aufrechterhalten wird. Als Folge der Einstellung der Strom-erzeugung ist es bereits zur Stilllegung des Wasserwerkes Wuhlheide gekommen, das keine eigene Kuluage besitzt, sondern vollständig auf die Stromlieferung der hiesigen Werke angewiesen ist. Den Straßenbahnverkehr gelang es, durch Umstellung teilweise aufrechterhalten. Man hatte sogar noch versucht, den Strom in das Stadtkernereineinzuweisen, doch weigerte sich die Gesellschaft des Kraftwerkes Charlottenburg, diese Arbeiten vorzunehmen, und drohte mit Niederlegung der Arbeit, da eine Erweiterung des Verkehrs als Streikbrecherarbeit betrachtet werde. Bei den heutigen Verhandlungen im Magistrat erklärten sich die Vertreter der Streikenden bereit, die Verhinderung der Notstandsarbeiten in den Gas- und Elektrizitätswerken im Interesse der Krankenhäuser und anderer öffentlicher Anstalten zu gewährleisten. Nähere Erklärungen über den Umfang der Notbelieferungen mit Strom und Gas haben sie jedoch nicht abgegeben. Nur den Hoff, daß die Technische Reichsanstalt, deren Bereithaltung für alle Fälle erfolgt ist, eingreifen würde, drohen die Streikenden mit der vollständigen Stilllegung der Werke.

Zur Sicherung des öffentlichen und dienstlichen Verkehrs wurden von der Oberpostdirektion mehrere Fernsprechanlagen für den Privatbetrieb bis auf weiteres gesperrt. Eine ganze Reihe von Berliner Theatern, die über keine eigene Krastanlage verfügen, mußte für heute die angelegten Vorstellungen ausfallen lassen.

Berlin, 12. Sept. Der Magistrat hat heute abend 8 Uhr eine außerordentliche Magistratsitzung einberufen und beschloßen, in die Verhandlungen über den Tarifvertrag einzutreten und dies den Vertretern der Angehörigen mitzuteilen. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird voraussichtlich heute abend noch erfolgen, insbesondere wird angestrebt, den Straßenbahnverkehr noch heute abend wieder in Gang zu bringen. (W. T. B.)

### Der Deutsche Juristentag.

Bamberg, 12. Sept. An der ersten öffentlichen Sitzung des Deutschen Juristentages wurde Professor Dr. A. B. als am Vorsitzenden gewählt. Der Reichsjustizminister Dr. Schiffer führte u. a. aus: Die Richter müssen zwar die Dienen des Volkes sein, aber nicht seine Sklaven. Die Handhabung des Gnadenrechtes darf nicht nur vom menschlichen Standpunkte aus erfolgen, sondern muß auch unter Berücksichtigung der Autorität des Staates gehandhabt werden. Einen Ertrag der rechtsgerichteten Richter durch Kaiserlicher Verordnungen der Minister, hielt jedoch ein Zusammenwirken von Richtern und Voten für das Gebot der Stunde. Der Redner schloß seine Ausführungen, nachdem er dargelegt hatte, daß die wirtschaftliche Lage des Reichslandes mit Rücksicht auf die soziale Notlage nicht vernachlässigt werden dürfe. (W. T. B.)

### Aufherdienststellung des Breslauer Polizeipräsidenten.

Berlin, 12. Sept. Der Polizeipräsident von Breslau Liebermann ist vom preussischen Minister des Innern zur Disposition gestellt worden. (W. T. B.)

### Codierung der Zwangswirtschaft für Kohlen.

Berlin, 12. Sept. Nach dem Abendkürten hat im Außenministerium des Reichswirtschaftsministers der Reichs-Kohlenkommission erklärt, daß die Awansebewirtschaftung für Braunkohlen, Röhrenkohle, Grubenkohle, Sackkohle und Gaskohle am 1. Oktober dieses Jahres außer Wirksamkeit treten solle. Der Außenminister stimmte dieser Resolution zu.

### Ein Dementi Rathenaus.

(Eigenes Drahtbericht der Berliner Schriftleitung.) Berlin, 12. Sept. An der „Revue des Deux Mondes“ hatte Prof. Biondi über eine Unterredung mit Minister Rathenau berichtet, die angeblich eine scharfe Spitze gegen England gehabt haben sollte. Rathenau sollte geäußert haben, daß eine Entente Frankreichs und Deutschlands gegen England nicht nur ein deutsches, sondern ein deutsches Land gegen England nicht sein werde. Minister Rathenau erklärt nun, daß diese Äußerungen seinerzeit nicht gefallen seien und auch seinen Aufzeichnungen gar nicht entspreche. Die Unterredung selbst hat übrigens stattgefunden.

### Vertretung Danzigs durch Polen.

Berlin, 12. Sept. Die politische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Auf Grund des am 12. Sept. zwischen der Republik Polen und der freien Stadt Danzig geschlossenen Vertrages vom 9. November 1920 übernehmen die Gesandtschaften und Konsulate der polnischen Republik den diplomatischen und konsularischen Schutz der im Ausland wohnenden Angehörigen der freien Stadt Danzig in demselben Maße, wie dies für polnische Staatsangehörige geschieht. (W. T. B.)

### Rückruf der oberhessischen Flüchtlinge.

Oppeln, 12. Sept. Die Sicherheitsverhältnisse im oberhessischen Abtammungsgebiete haben sich durch die Verhandlungen und Abmachungen zwischen den deutschen und polnischen Parteien sehr gebessert. Ansofsehen können die Flüchtlinge in ihre Wohnorte zurückkehren. Um ihnen die Einreise in das Abtammungsgebiet zu ermöglichen, hat die internationalisierte Kommission in Oppeln folgende Verfügung erlassen: Der Flüchtling richtet an den Kreis-Kontrollleur, in dessen Bereich sein Wohnort liegt, ein kurzes Gesuch, in dem er bittet, ihm die Rückkehr zu gestatten. Der Kreis-Kontrollleur überfendet darauf dem Flüchtling die Einreiseerlaubnis, auf Grund deren der Flüchtling die Grenzkontrolle passieren kann. Es sei ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Wimm des französischen Konsulates nicht erforderlich ist. Die Einreiseerlaubnis ist ausreißend. (W. T. B.)

Berlin, 12. Sept. Heute fand unter dem Vorsitz eines Vertreters der internationalisierten Kommission eine neue gemeinsame öffentliche Sitzung von Vertretern des deutschen Ausschusses für Oberhessen und des polnischen Oberen Volkrates über die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge statt. Es wurde mit Genehmigung festgesetzt, daß ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge bereits zurückgehört ist und daß erstmalig mehrere neue Ausstellungen nur in wenigen Fällen vorgekommen sind. (W. T. B.)